

Protokoll

**15. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Controlling
vom 22.06.2020, Gymnasium Lüchow, Aula, Schulweg 2, 29439 Lüchow (Wendland)**

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

Öffentlicher Teil

- Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 1. Umnutzung der Kantine des Kreishauses zu einem Bürger-Service-Bereich 2020/557
- 2. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Nicht öffentlicher Teil

- 3. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung
- 4. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Anwesend:

KTA Carmienke, Christian - Vorsitzender
KTA Bade, Heike
KTA Gottberg, Wilhelm von
KTA Hanke, Herbert
KTA Kelm, Andreas
KTA Maury, Hans-Udo
KTA Petersen, Torsten
KTA Hensel, Thorsten
Landrat Schulz, Jürgen
Ehrhardt, Stephanie - Stabstellenleitung Controlling
Erlebach, Sylvia - Fachdienstleitung Finanzen
Vock, Jannecke - Gebäudemanagement Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Beginn: 13:30 Uhr **Ende:** 14:15 Uhr
nichtöffentlicher Teil: 14:10-14:15 Uhr

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Vorsitzende **KTA Carmienke** begrüßt die Anwesenden und eröffnet den öffentlichen Sitzungsteil um 13:30 Uhr. Er stellt die Beschlussfähigkeit mit 7 Mitgliedern fest.

1. Umnutzung der Kantine des Kreishauses zu einem Bürger-Service-Bereich 2020/557

LR Schulz führt in den TOP ein und entschuldigt sich beim Ausschuss, dass dieser mit der Vorlage und auch mit dem Termin etwas überfallen wurde. Das vorliegende Thema sei durch Corona noch einmal bedeutender geworden, sei aber auch schon länger akut. Seit 3 oder 4 Jahren gebe es im Kreishaus eine AG zum Thema Sicherheit. Grund für diese Einrichtung seien verschiedene Vorkommnisse (z.B. Bedrohung von Mitarbeitern, Randalen) im Kreishaus gewesen. Es sei in der AG bereits über räumliche Entflechtungen im Kreishaus nachgedacht worden. Vorschlag der AG sei ein Bürgerbüro gewesen, welches dem Kreishaus vorgeschaltet werden sollte. Dieses habe damals, aus Sicht des **LR Schulz** aber keinen Sinn gemacht, da beim Landkreis weniger „einfache“ Dienstleistungen angeboten würden als bei einem Rathaus. Bei dem jetzigen Vorschlag gehe es primär darum das Kreishaus zu entzerren und zu entlasten. Ein Normalbetrieb könne derzeit immer noch nicht beim Landkreis gewährleistet werden. Idee sei es die Verhandlungsräume in dem Kantinenbereich

anzusiedeln. Seit dem Bestehen des Kreishauses gebe es immer wieder Probleme mit dem Betrieb dieser Kantine. Kunden sollen dann in diesem Bereich gebündelt werden. Die Abstandsregelungen können so eingehalten werden und auch der zuvor erwähnte Sicherheitsaspekt gewährleistet werden.

Frau Vock, Gebäudemanagement, erläutert das Vorhaben anhand der Vorlage und der beiliegenden Grundrisse.

KTA Petersen erkundigt sich danach, ob die Vertraulichkeit in diesen Räumlichkeiten gegeben sei.

Frau Vock bestätigt dieses.

KTA Hanke fragt nach, ob es im kompletten Kreishaus wirklich Besucherströme gebe. Auch die Schulen würden doch wieder in den Normalbetrieb gehen. Beim Straßenverkehrsamt könne er die Problematik verstehen.

LR Schulz stellt dar, dass das Wort Besucherströme etwas übertrieben sei. Es gebe aber Ansammlungen von mehreren Besuchern an bestimmten Stellen im Kreishaus (Beispiel: Ausländerbehörde, Jugendamt, Sozialamt). Im Ordnungsamt käme des Weiteren noch hinzu, dass es aus heutiger Sicht problematisch erscheine die Rettungsleitstelle in einem Bereich anzusiedeln, wo auch reger Kundenverkehr durch die Ausländerbehörde vorhanden sei. Die Abstandsregelungen seien derzeit in vielen Bereichen einfach nicht einzuhalten.

LR Schulz stimmt zu, dass der Normalbetrieb an den Schulen bald wieder beginne, jedoch gebe er auch hier zu bedenken, dass es zu Problemen kommen könne, die jetzt noch nicht vorhersehbar seien.

KTA von Gottberg fragt nach, ob denn der gesamte Kantinenbetrieb eingestellt werden würde und ob ein anderer Service für die Mitarbeiter zur Verfügung gestellt werden würde.

LR Schulz entgegnet, dass die Kantine schon immer ein Zuschussgeschäft gewesen sei. Es wurden dort immer zwischen 20 bis 25 Essen herausgegeben. Es finden jedoch schon Gespräche mit dem Personalrat statt, da der Raum der Kantine auch als Sozialraum für die Beschäftigten diene. In Bezug auf den Sozialraum werden Alternativen geprüft; nach Möglichkeiten einer anderweitigen Verpflegung der Beschäftigten werde gesucht.

KTA Kelm erwähnt, dass er die Umnutzung der Kantine aufgrund von Corona und aufgrund der Sicherheit der Beschäftigten durchaus vertreten könne. Der Landkreis Lüchow-Dannenberg sei nicht der einzige Landkreis, der diese Idee verfolge. Er erkundigt sich bei der Verwaltung wie die Organisation im Hinblick auf das Personal aussehen soll.

LR Schulz erklärt, dass es mit dem Personal wie bisher ablaufen solle. Im Bürgerservicebereich sollen Termine stattfinden, die vorher vereinbart werden.

KTA Maury erwähnt, dass es Firmen gebe die Fertigbausätze für Büroräume anbieten. Er fragt nach, ob dieses dem Gebäudemanagement bekannt sei.

Frau Vock entgegnet, dass die Frage sei, ob diese in der Struktur in diese Räumlichkeiten passen würden. Sie werde aber nochmal mit Herrn Schrodts sprechen, ob dieses berücksichtigt wurde.

KTA Carmienieke fragt nach, ob auch das Straßenverkehrsamt bei der Umnutzung berücksichtigt wurde. Dieses könne doch ebenso als Bürgerservicebüro dienen. Er ist auch für die Einrichtung eines solchen Bürger-Service Bereichs, aber ihm seien 250.000 € einfach zu teuer.

LR Schulz stimmt KTA Kelm zu. Es gibt viele andere Kommunen, die auch in diese Richtung gehen. Er stellt dar, dass er dem Ausschuss gerne das komplette Konzept, einschl. des Straßenverkehrsamtes, vorgelegt hätte. Das Straßenverkehrsamt solle lt. Schilderungen im letzten Ausschuss dann in ein umliegendes Gebäude ziehen. Das Angebot soll den Gremien vorgelegt werden sobald der Besitzer des Autohauses dieses vorlegt. Im Straßenverkehrsamt ist ein Normalbetrieb unter den aktuellen Bedingungen nicht möglich. Ein Bürgerservicebereich kann im Straßenverkehrsamt nicht stattfinden. Mitarbeiter müssten immer das Gebäude wechseln.

KTA Hensel findet die Idee gut, auch aus Sicht der Bürgerfreundlichkeit. Er erkundigt sich nach der Sicherheit der Mitarbeiter in den geschlossenen Räumen und nach einem „stillen“ Knopf. Aus seiner Sicht bedeute diese Einrichtung aber keine Einstellung von zusätzlichem Personal. Die vorhandene Arbeit müsse von dem derzeitigen Personalbestand weiter bearbeitet werden. Die Abschaffung der Kantine hält KTA Hensel für unbedenklich, da diese lt. der Verwaltung auch nicht viel genutzt wurde. Es gebe in Lüchow auch zahlreiche Restaurants, die genutzt werden könnten.

LR Schulz erwidert, dass ein stetiger Kontakt zur Sicherheitsbeauftragten der Polizei in Lüneburg vorhanden sei. Detailmaßnahmen könnten dann zu einem späteren Zeitpunkt besprochen werden.

KTA Bade findet die Idee zu schnell gedacht. Sie fragt nach, ob auch die Möglichkeit einer Wegeleitplanung berücksichtigt wurde. In den Schulen wäre dieses auch gemacht worden und es sei kostengünstig. Zudem wolle sie wissen, ob ab einer bestimmten Mitarbeiterzahl eine Kantine vorgehalten werden müsse.

LR Schulz klärt auf, dass es ab einer bestimmten Mitarbeiteranzahl die Vorgabe gebe einen Sozialraum einzurichten. Zu der Wegeleitplanung gibt er zu bedenken, dass die Schulen wesentlich breitere Flure haben. Im Kreishaus könne der Sicherheitsabstand nicht eingehalten werden, wenn sich zwei Personen begegnen.

KTA Hanke möchte nicht falsch verstanden werden. Ihm sei die Sicherheit der Mitarbeiter auch wichtig, jedoch müsse man die Maßnahme genau prüfen. Es gebe schon viele Möglichkeiten das Kreishaus zu entlasten (z.B. Home Office). Er bezweifelt, dass die Plankosten auskömmlich seien.

KTA Petersen versteht die Sicht der Verwaltung. Personalrat, den Fachdienstleitungen und auch dem LR sei diese Maßnahme wichtig. Die Räumlichkeiten der Kantine stünden jetzt zur Verfügung. Er könne sich mit der Maßnahme anfreunden. Ein Grundsatz solle entschieden werden, er wolle keine Detailfragen klären.

LR Schulz betont, dass es ihm ein Anliegen sei, dass die Maßnahme wirklich schnell umgesetzt werde.

KTA Maury erkundigt sich danach ob die zurückzustellenden Investitionen für diese Maßnahme auch einfach so verschoben werden könnten oder ob diese dringlich seien.

FDL Erlebach erläutert, dass die geplante Elektroinstallation schon in 2019 über drei Jahre eingeplant wurde. Lt. Auskunft von Herrn Schrodts sei es aber schwer einen Planer zu gewinnen. Die Finanzierung des Planers ginge auch über gebildete Rückstellungen und es benötige nach der Planung auch Zeit bis die Maßnahme dann konkret umgesetzt werden könne. Die Erneuerung der Kunststofflaufbahn könne verschoben werden. Es gebe Untiefen in der Bahn, die aber durchaus auch zu einem späteren Zeitpunkt behoben werden könnten.

KTA von Gottberg erkundigt sich danach, ob das Schieben der Elektroinstallation im Hinblick auf Sicherheitsaspekte vertretbar sei.

FDL Erlebach erklärt, dass der Finanzierungsvorschlag vom Gebäudemanagement kam. Dort liege die Betreiberhaftung, so dass eine Verschiebung nicht vorgeschlagen worden wäre, wenn dies nicht vertretbar erscheinen würde.

KTA Carmienieke fragt nach, ob es möglich sei die Maßnahme zu verschieben, um genauere Informationen zu bekommen.

LR Schulz vertritt die Meinung, dass erst über Kosteneinsparungen geredet werden könne, wenn eine Planung vorliege. Die Maßnahme sei aus Sicht der Verwaltung zwingend notwendig. Eine Staffelung in Planung und anschließende Umsetzung sei natürlich möglich.

KTA Petersen ist auch der Ansicht, dass dringend mit der Planung begonnen werden sollte.

KTA Hensel schlägt eine Kostendeckelung vor.

Der Ausschuss für Finanzen und Controlling empfiehlt:

Der Kreistag möge beschließen, dass die Planungen für die „Umnutzung der Kantine des Kreishauses zu einem Bürger-Service-Bereich“ beginnen sollen. Die Ergebnisse der Planungen sollen dem Ausschuss für Finanzen und Controlling und nachfolgend dem Kreisausschuss und Kreistag mit konkreten Kosten vorgelegt werden. Der Ausschuss wird das Thema dann nochmals erörtern und prüfen, ob es auch günstigere Umsetzungsmöglichkeiten gibt. Die notwendigen Planungskosten werden zunächst aus der Zurückstellung der Laufbahnsanierung auf dem Sportplatz Hitzacker (125.000 EUR) finanziert. Die darüber hinausgehenden Mittel für die Laufbahnsanierung und die Elektrosanierung der Oberschule (200.000 EUR) Lüchow werden zunächst für die Umbaumaßnahme geblockt.

Hinweis: Die Planungskosten für die hierfür notwendigen Leistungsphasen 1-4 der HOAI werden nach Auskunft von Herrn Schrodts (Gebäudewirtschaft) max. 15.000,00 € betragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen, Ja-Stimmen: 7, Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

2. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

KTA Maury erkundigt sich nach dem Sachstand der Umsetzung des Gutachtens für die Schülerbeförderung. Es solle dringend politisch behandelt werden. Es gehe dabei um erhebliche Einsparungen für den Landkreis

LR Schulz ist auch der Meinung, dass dieses schnellstmöglich passieren solle. Eine Vorstellung soll noch vor der Sommerpause erfolgen. Die LSE habe aber sehr viel im Rahmen von Corona umsetzen müssen. Wenn das Gutachten umgesetzt werden soll, bedeute dieses auch Veränderungen, welche aber von der Politik entschieden werden müssen.

Nichtöffentlicher Teil

3. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung

KTA Carmienke eröffnet den nichtöffentlichen Teil der Sitzung um 14:10 Uhr.

[Empty rectangular box]

KTA Carmienke schließt um 14:15 Uhr die Sitzung.


Vorsitzender


Protokollführung